

# NZZ am Sonntag

## Wladimir Putin

### Seine Drohungen sind Theater für das Publikum im Westen

Das eine ist lächerlich, das andere grotesk: Das russische Propagandamedium «Russia Today» droht diese Woche den Schweizern mit einer Atomrakete, der russische Diktator Wladimir Putin schliesst zur selben Zeit Waffenbruderschaft mit Nordkoreas Diktator Kim Jong Un. Nichts davon ist wirklich ernst zu nehmen. Weder die Rakete, die 13 Minuten Flugzeit brauche von Russland nach Zürich Kloten. Noch der Beistandspakt zweier abgewirtschafteter, in Machtphantasien schwelgender Autokraten. Der Kreml hat, anders als Putin glauben machen will, keine Waffen abzugeben an Diktatorenfreunde. Er braucht sie selbst für den Krieg gegen die Ukraine, er hat gar nicht genug davon. Was der russische Präsident jedoch will und was ihm auch gelingt, ist Angst und Unruhe zu verbreiten. Als Botschafter des globalen Chaos ist er nach Ostasien gereist und hat dort mit vagen Drohungen Amerikas Verbündete aufgebracht. Ähnliches hat Russlands Vizeausserminister Sergei Rjebkow im Sinn, der jüngst wieder die Weitergabe von weit reichenden Raketen in Lateinamerika ankündigte – eine Art Kubakrise wie 1962. Russland hat einen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen, doch global ist es in der Defensive. Es droht, gestikuliert und kann doch nichts bewegen. *Markus Bernath*

## Krankenkassen

### Der gemeinsame Feind ist stärker geworden

Als die Krankenkassen sich 2013 mit einem Knall in zwei Verbände aufsplitteten, war die Überraschung ebenso gross wie jetzt, da sie ihre Wiedervereinigung beschlossen haben. Der Entscheid zeigt indes, wie sehr sich die Zeiten geändert haben: Damals überwogen die Differenzen, etwa über die Ausgestaltung des Risikoausgleichs, nun möchten die Kassen die Reihen wieder schliessen. Die Unterschiede zwischen ihnen sind zwar nicht kleiner geworden, der gemeinsame Feind indes stärker: Die Idee einer öffentlichen Krankenkasse gewinnt zunehmend an Sympathie. Immer weniger Menschen verstehen, weshalb es die Kassenvielfalt mit Spitzenlöhnen für die Chefs und viel Werbung braucht, wenn die Prämien ohnehin jedes Jahr stark steigen. Selbst in bürgerlichen Kreisen stösst die Idee einer öffentlichen Kasse, die nach Prämienregion oder Kanton organisiert ist, vermehrt auf Zuspruch. Vor diesem Hintergrund ist der Zusammenschluss zu begrüssen: Die Kassen sollen sich zusammenraufen, notwendige Reformen nicht weiter blockieren und zeigen, was sie für die Prämienzahler erreichen können. Auf dass die Argumente für eine Kassenvielfalt mit Wettbewerb weiterhin mehr überzeugen als jene für eine Einheitslösung. *Daniel Foppa*

## E-Trottinette

### Gekommen, um zu bleiben

Über 10 000 ausleihbare Elektro-Trottinette gibt es heute in unseren Städten, dazu kommt die gleiche Zahl Sharing-Velos. Für die einen sind das Tausende von Ärgernissen, die Trottoirs und Plätze verstellen. Für die anderen Tausende Möglichkeiten, um flott von A nach B zu kommen. Letztes Jahr nahm die Anzahl Fahrten um 20 Prozent zu – und das Wachstum dürfte anhalten. Die Anbieter haben eingesehen: Ihr Geschäftsmodell funktioniert nur dann, wenn sie die Behörden nicht zu ihrem Feind machen, sondern sie an Bord holen. Die Städte ihrerseits sehen Leihangebote mehr und mehr als sinnvolle Ergänzung. Sie sind klimafreundlich und können die Anbindung von peripheren Quartieren verbessern. Die E-Trottis und andere Sharing-Angebote sind erwachsen geworden – und das ist gut für uns alle. *Jürg Meier*

## Chappatte



## Der externe Standpunkt

# Metternichs sehr aktuelle Lehren für die deutsche Aussenpolitik

Deutschland hat die gleichen geopolitischen Ziele wie Österreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Es hätte viel von dessen Aussenminister Clemens von Metternich lernen können, **findet Muamer Bećirović**

**G**eografie beeinflusst das Schicksal eines jeden Landes. Das österreichische Kaiserreich des beginnenden 19. Jahrhunderts unterscheidet sich da kaum vom heutigen Deutschland. Beide teilen die Lage in Mitteleuropa und haben keinen Schutz durch natürliche Grenzen. Ihr Wohlstand und ihr Einfluss hängen vom Frieden ab, vom Gleichgewicht der Mächte.

Diese Staatskunst beherrschte Clemens von Metternich wie kein Zweiter. Ihre Essenz zeigt sich nicht am Wiener Kongress. Sondern in dem Moment, als Metternich im letzten Koalitionskrieg (1813 bis 1814) den Oberbefehl über die Koalitionsarmee an sich riss. Als Napoleon Ende Dezember 1812 aus Moskau floh und Russland sich mit Preussen und Grossbritannien verbündete, befürchtete Metternich, dass die französische Hegemonie durch eine russische ersetzt werden könnte, ähnlich der sowjetischen Besetzung Osteuropas nach 1945.

Metternich verhielt sich monatelang neutral und bot allen vergeblich Friedensverhandlungen an. Von Dezember 1812 bis Mai 1813 kam es zu einem militärischen Patt. Jetzt brauchten alle Österreich, um den Krieg zu entscheiden. Da Napoleon nicht bereit war, seine Vormachtstellung friedlich aufzugeben, trat Metternich der Koalition bei, allerdings nur unter der Bedingung, dass er den Oberbefehl über die Koalitionsarmee erhielt, den er einem Vertrauten auf dem Schlachtfeld übertrug. Das gab ihm die Macht, jede Schlacht so zu führen, dass sie weder die Koalitionsarmee noch Napoleon existenziell gefährdete.

So nahm Metternich Frankreich die Möglichkeit, Russland und Preussen zu vernichten, denn das hätte Napoleons Hegemonie wieder stabilisiert. Gleichzeitig nahm er dem Zaren die Aussicht, aus der Koalition ausubrechen, Napoleon zu schlagen und Europa zu beherrschen. Es war, als stünde Metternich vor einer instabilen Waage, deren Ausrichtung er je nach Ausgang einer Schlacht immer wieder in die eine oder andere Rich-

tung verschob. Letztlich kontrollierte er damit die Bewegungen der Alliierten, ihre Besatzungen und schliesslich die territoriale Aufteilung. Schlacht für Schlacht demonstrierte er die französische Hegemonie, bis am Ende des gesamten Feldzuges ein militärisches Gleichgewicht erreicht war, auf dessen Grundlage über die territoriale Neuordnung verhandelt werden konnte. Dieser Plan ging auf, wie der Wiener Kongress zeigte.

So rettete Metternich Europas Gleichgewicht vor der Hegemonie von Ost oder West zugleich. Österreich war damals wie Deutschland heute durch die Geografie zu einer Politik des Ausgleichs nach allen Seiten verdammt. Berlin hingegen scheiterte mit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges 2022 daran, obwohl es diese Balance versuchte.

Nach 1970 gelang es den deutschen Bundeskanzlern zunächst, das Gleichgewicht zwischen Ost und West zu wahren. Diese Gleichgewichtspolitik änderte sich jedoch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Deutschland versäumte es, gemeinsam mit Osteuropa eine neue Sicherheitsarchitektur zu schaffen, die Russland einbindet und ausbalanciert. Stattdessen überliess es den USA, das entstandene Vakuum in Osteuropa zu füllen. Die USA, geschützt durch ihre geografische Lage zwischen den Weltmeeren und ohne mächtige Nachbarn, agierten naturgemäss immer riskanter als eine kontinentale Zentralmacht wie Deutschland. Mit seiner Abrüstung eröffnete Berlin Washington die Lücke, Osteuropa an sich zu binden und Deutschlands Position in der Region zu untergraben. Gleichzeitig eröffnete es auch Moskau die Lücke, in Osteuropa zu expandieren, ohne Deutschland fürchten zu müssen.

So konnten sich die beiden Seiten in Berlins eigener Einflussphäre gegenseitig zu Konflikten anstacheln, ohne auf Deutschlands Gewicht in der Waagschale Rücksicht nehmen zu müssen, bis der Kippunkt erreicht war, an dem Russland das Gleichgewicht offen angriff.

Berlin hätte wie einst Metternich eine deutsche Ostpolitik in EU und Nato durchsetzen müssen, mit der es die alleinige politische Kontrolle in dieser Region in der Hand gehabt hätte. Nur so wären beide Seiten zu zähmen gewesen. Weder Gerhard Schröder noch Angela Merkel haben diese Notwendigkeit ernsthaft in Betracht gezogen und dafür alles auf eine Karte gesetzt.

Metternich hingegen wusste, worauf es in solchen Fällen ankommt, als er als 80-Jähriger schrieb: «Ins Schlepptau kann sich der Staat der Mitte weder in der östlichen noch in der westlichen Richtung nehmen lassen. Die ihm eigentümliche geographische Lage würde es verhindern, wenn derselben nicht moralische Gründe zu Hilfe kämen. Wir sind berufen, den Ausschlag in der Richtung des herzustellenden Friedens, d. h. des definitiven Endes der heillosen Lage zu geben, aber keineswegs uns als die Avantgarde des Ostens gegen den Westen noch des Westens gegen den Osten missbrauchen zu lassen.»

## Muamer Bećirović



Muamer Bećirović, 28, studierte Politikwissenschaft und Geschichte. Heute arbeitet er als Kommunikationsberater in Wien und publiziert zu Diplomatiegeschichte und zu internationaler Politik. Am 9. April 2024 erschien seine Biografie «Clemens Wenzel von Metternich oder Das Gleichgewicht der Mächte» (Osburg-Verlag, 450 S., 36 Euro).